Pressemitteilung

Verband Queere Vielfalt

Bundespressestelle

Almstadtstr. 7
10119 Berlin

Tel.: 030 – 789 54 778
Fax: 030 – 789 54 779

E-Mail: presse@lsvd.de
Internet: www.lsvd.de

20.02.2015

Bundesländer wollen ZDF als lesben- und schwulenfreie Zone

LSVD protestiert gegen geplante Ausgrenzung aus dem ZDF-Fernsehrat

Update: Der Protest war erfolgreich. Thüringen schickt seit 2016 mit Luca Renner eine LSBTI-Vertretung in den ZDF-Fernsehrat [https://www.lsvd.de/de/ct/718-lsvd-erfolg-lesben-schwule-bisexuelle-trans-und-queere-menschen-bekommen-sitz-im-zdf-fernsehrat] .

*Zu den Beratungen der Bundesländer über den neuen ZDF-Staatsvertrag erklärt **Henny Engels, Sprecherin des Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD)***:

Lesben, Schwule oder Transgender sollen aus den ZDF-Gremien weiter ausgeschlossen bleiben. Das sieht der Entwurf für den neuen ZDF-Staatsvertrag vor, auf den sich die 16 Landesregierungen Ende Januar 2015 geeinigt haben.

In einem Protestbrief an alle Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder [/fileadmin/pics/Dokumente/Politik/Musterbrief_zum__ZDF_Staatsvertrag_Rheinland-Pfalz.pdf] fordert der Lesben- und Schwulenverband (LSVD), die diskriminierende Ausgrenzung zu korrigieren. In dem Schreiben heißt es unter anderem:

„Als 1961 der erste ZDF-Staatsvertrag unterzeichnet wurde, war männliche Homosexualität in Bundesrepublik Deutschland noch strafbar (§ 175 StGB). Schwule Männer waren schwerer menschenrechtswidriger Strafverfolgung ausgesetzt. Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle/ Transgender und Intersexuelle (LSBTI) wurden insgesamt damals von großen Teilen der Politik und Gesellschaft extrem geächtet. Ihnen wurde ein selbstbestimmtes Leben in freier Selbstentfaltung verweigert, ebenso eine gerechte Teilhabe in der Gesellschaft und ihren Institutionen.

Es ist für uns unfassbar, dass der gesellschaftliche Bereich LSBTI auch im Jahr 2015 weiter aus den Gremien des ZDF ausgeschlossen bleiben soll, dessen Sendungen laut § 5 des Staatsvertrages „auf ein diskriminierungsfreies Miteinander hinwirken“ sollen. 54 Jahre nach Unterzeichnung des ersten ZDF-Staatsvertrages wird LSBTI weiterhin Teilhabe verweigert. Mit dieser Ausgrenzung wird Diskriminierung in unerträglicher Weise fortgeschrieben.“

Diese Ausgrenzung ist offenbar erst in den letzten Monaten bewusst politisch so entschieden worden. Denn in Eckpunkten der Länder zur künftigen Zusammensetzung des ZDF-Fernsehrats vom Oktober 2014 waren LSBTI noch ausdrücklich bei den gesellschaftlichen Gruppen genannt, die im ZDF-Fernsehrat zukünftig vertreten sein sollen. Der Sinneswandel ist völlig unverständlich.

Gerade angesichts der auch in Deutschland wieder stärker zu vernehmenden homophoben und transphoben Stimmen, die z.B. Putins Unterdrückungsmaßnahmen gegen LSBTI bejubeln, ist die Politik erst recht in der Verantwortung, sich solch menschenverachtenden Haltungen entgegenzustellen. Die heutige Vielfalt unserer Gesellschaft muss sich endlich auch in den Rundfunk- und Fernsehräten abbilden.

Weiterlesen

Pressemitteilung

- Darstellung von LSBTI im Fernsehen und den Medien: Ergebnisse von Studien zu Diversität und Repräsentation [https://www.lsvd.de/de/ct/6047-darstellung-von-lsbti-im-fernsehen-und-den-medien]

- LSBTI in Rundfunkräten und Medienanstalten: In welchen Gremien sind LSBTI vertreten und wo fehlen Selbstvertretungen? [https://www.lsvd.de/de/ct/4742-sitz-fuer-lsbti-in-rundfunkraeten-und-medienanstalten]

- Regenbogenkompetenz in Rundfunk- und Medienräten: Ergebnisse des Fachforums auf dem zweiten Regenbogenparlament "Akzeptanz für LSBTI* weiter gestalten" [https://www.lsvd.de/de/ct/962-regenbogenkompetenz-in-rundfunk-und-medienraeten]

Der LSVD+ – Verband Queere Vielfalt e.V. ist ein Bürgerrechtsverband und vertritt die Interessen und Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI).
Gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt – wir wollen, dass LSBTI als selbstverständlicher Teil gesellschaftlicher Normalität akzeptiert und anerkannt werden.